

# Direkt aus den Parteien

An der letzten, zweitägigen Session des Jahres gibt es keine Vorlage, welche die anderen überragt. Zu reden geben werden am Montag aber das Bauprogramm für die Kantonsstrassen, der Gegenentwurf der Regierung zur Privatpflege- und Betreuungs-Initiative der Mitte und die Weiterentwicklung der regionalen Kulturförderung.

Der Dienstag steht ganz im Zeichen der Beratung von Motionen, Postulaten und Anfragen. Aufgelistet sind 55 Vorstösse, wobei einige bereits für die September- und Oktobersession traktandiert waren.

Dazu kommen zehn dringlich eingereichte Vorstösse, über die am Dienstagmorgen debattiert wird. Davon ausgehend, dass pro Stunde fünf Vorstösse behandelt werden können, werden wohl nur etwa 20 von der Liste der hängigen Geschäfte verschwinden.

Die Session vom 28. und 29. November (Montag 9 bis 12 und 14 bis 16.30 Uhr, Dienstag 9 bis 12 und 14 bis 18 Uhr) im Regierungsgebäude an der Bahnhofstrasse 15 in Luzern ist öffentlich. Die Session wird auch auf [www.lu.ch](http://www.lu.ch) übertragen. (nus)

## Mitte

### Private Pflege entlastet öffentliche Hand

Mit der Pflege- und Betreuungs-Initiative wollte die damalige CVP (heute Die Mitte) im Jahr 2019 dem grossen Engagement von vielen Menschen, welche ihre Angehörigen (insbesondere Eltern) pflegen und betreuen, Rechnung tragen und diesen im Sinne eines Zeichens der Wertschätzung und Unterstützung einen Steuerabzug einräumen.

Mit dem Gegenvorschlag hat die Regierung nun eine Lösung ausserhalb des Steuerrechts ausgearbeitet und schlägt ein Instrument der Entlastung und kleiner finanzieller Entlohnung vor. Diese

soll über das bereits bewährte Instrument der Hilflosenentschädigung entrichtet werden.

Die Mitte begrüsst den Lösungsansatz des Gegenvorschlags. Es ist eine unbürokratische und wertschätzende Form, um vielen Angehörigen ein Zeichen der Anerkennung für ihre wichtige Arbeit zu geben. Denn das grosse Engagement der Angehörigen ist nicht nur eine Freiwilligenarbeit. Es ist ein Entlasten und Unterstützen mancher ambulanten und stationären Organisationen.

Gerade darum macht es auch Sinn, dass die Finanzierung sowohl durch den Kanton,

aber auch durch die Gemeinden erfolgt. Wir sind überzeugt, die private Pflege und Betreuung entlastet die öffentliche Hand (gerade im Bereich der Restfinanzierung). Dies berücksichtigt den Solidaritätsgedanken und wirkt nicht zuletzt auch dem Fachkräftemangel entgegen.



Gerda Jung, Hildisrieden

## SVP

### Diskussion um Asylchaos

Diesen Oktober wurden in der Schweiz 3208 Asylgesuche registriert, 527 mehr als im Vormonat. Das entspricht einer Zunahme um 20 Prozent. Gegenüber Oktober 2021 hat sich die Zahl der Asylgesuche mehr als verdoppelt. Wichtigste Herkunftsländer waren Afghanistan und die Türkei.

An dieser Session wird die Anfrage zum «Schutzstatus S» behandelt. Es ist wichtig, den Flüchtlingen aus der Ukraine zu helfen. Die Politik missachtet jedoch das grosse Bild, denn wir steuern auf ein Asylchaos zu. Der Bund hat mit dem Schutzstatus eine starke Sogwirkung für eine weltweite

Migration ausgelöst. Bereits im September 2022 haben so viele Personen ein Asylgesuch gestellt, wie 2015 in den Spitzenzeiten der Flüchtlingskrise. Viele davon sind nicht nur Schutzsuchende aus der Ukraine, sondern bei den Zehntausenden Asylzuwanderern handelt es sich um Wirtschaftsmigranten aus aller Welt.

Dass die Asylzentren voll sind, ist dem Bund egal, denn er reicht die Flüchtlinge an die Kantone weiter. Und was macht der Kanton Luzern? Er schiebt die Verantwortung an die Gemeinden ab. Im Juni 2022 wurden 74 Luzerner

Gemeinden verpflichtet, innert zehn Wochen Unterkunftsplätze für Personen aus dem Asylbereich bereitzustellen. 64 Gemeinden haben das Aufnahmesoll nicht erfüllt, trotz händeringender Suche.

Das muss sich ändern. Die SVP will mit dieser Anfrage die dringend notwendige Diskussion anstossen.



Angela Lüthold, Nottwil

## FDP

### Ein Ausblick mit den Lehren aus der Vergangenheit

Rechtlich selbstständige Organisationen, an welchen der Kanton beteiligt ist, unterstehen der parlamentarischen Steuerung und Aufsicht. Aus diesem Grund legt die Regierung dem Kantonsrat alle vier Jahre die Beteiligungsstrategie vor. In dieser Strategie schaut der Regierungsrat voraus und weist seine Überlegungen mit den einzelnen Organisatoren aus. Trotzdem erzählt die nun vorliegende Beteiligungsstrategie auch viel über die Vergangenheit.

Vor einem Jahr wurde dem Parlament die Beteiligungsstrategie 2021 vorgelegt. Diese wurde damals vom

Kantonsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Ein Rechtsgutachten im Zusammenhang mit der VBL-Subventionsaffäre, welches kurz vor der Beteiligungsstrategie veröffentlicht worden war, wurde in der ersten Fassung nicht berücksichtigt. Diesen Umstand akzeptierte der Kantonsrat richtigerweise nicht. Nun, ein Jahr später, wird dem Kantonsrat die überarbeitete «Ergänzte Beteiligungsstrategie 2022» vorgelegt. In dieser Fassung sind die Empfehlungen aus dem Rechtsgutachten berücksichtigt worden. Dies zeigt klar, dass Kantons- und Regierungsrat Lehren aus der

VBL-Affäre gezogen haben und die Empfehlungen aus dem Rechtsgutachten umsetzen wollen.

Die FDP unterstützt die nun vorliegende «Ergänzte Beteiligungsstrategie 2022», welche mit den Lehren aus der Vergangenheit einen Ausblick in die Zukunft gibt.



Andreas Bärtschi, Altishofen

## SP

### Eine Schule für alle

Die Luzerner Volksschule soll mit dem Projekt «Schulen für alle» in die nahe Zukunft geführt werden. Dabei sieht der Kanton wichtige und richtige Entwicklungsschritte vor. Der Ausbau der Tagesstrukturen ist ein solch wichtiger Schritt hin zu einer Tageschule und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Überfällig ist dabei, dass für alle Kinder auch in den Ferien ein gutes Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Weiter soll die frühe Förderung von Kindern ausgebaut werden. Das ist richtig, denn damit lässt sich nachweislich die Chancengerechtigkeit in der

Bildung nachhaltig verbessern. Dank der Schulsozialarbeit können Probleme zeitnah, direkt vor Ort und mit allen Beteiligten zielführend gelöst werden. Ein Erfolgsmodell, das nun auch bei Gymnasien und Berufsschulen umgesetzt werden soll.

Das Gleiche gilt für Deutsch als Zweitsprache, denn Sprache ist der Schlüssel zur Bildung. Neu werden auch Jugendliche in der Berufsschule davon profitieren. All diese Entwicklungen stehen und fallen mit den Lehrpersonen, den Schulleitungen, den Sozialarbeitern und Logopädinnen, den Psy-

chomotorikern und Schulpsychologinnen vor Ort in den Schulen und den Betreuerinnen und Betreuern im Hort. Gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung, damit diese Menschen einen guten Job machen können. Denn sie sind es, welche die Schule von heute zu einer Schule für alle machen.



Urban Sager, Luzern

## Grüne

### Beromünster braucht rasche Entlastung

Ein Schwerpunkt des Bauprogramms stellt die über 70 Millionen Franken teure Umfahrung von Beromünster dar. Die Planung beruht sich auf Grundlagen, die über zehn Jahre alt sind, und auf Strassenbaunormen, die kaum mehr in die heutige Zeit passen. Weshalb die unbestrittene Reduzierung des Durchgangsverkehrs durch Beromünster mit einem derart grossen Innerortsprojekt geschehen muss, ist nicht schlüssig.

Würde man zeitgemässe Alternativen ernsthaft prüfen, bräuhete es keine das Ortsbild beeinträchtigende und dermassen Kulturland und Finan-

zen verschlingende Strasse. Die Lärmvorschriften können selbst mit dem erst nachträglich geplanten teuren Flüsterbelag nicht eingehalten werden. Das umstrittene Projekt zieht Einsparungen nach sich, der Zeitplan muss laufend angepasst werden. Wir Grünen/Jungen Grünen sagen, es braucht kein überdimensioniertes Projekt, sondern eine zeitgemässe, nachhaltige und vor allem rasche Lösung für Beromünster.

In der kommenden Session soll das Strassenbauprogramm 2023–2026 verabschiedet werden. Wichtig ist, dass die laufende Revision des kanto-

nen Richtplans umgehend Wirkungen auf das vorgelegte Bauprogramm zeitigt. Die Landreserven im Kanton Luzern sind knapp. Die dichte Bebauung braucht siedlungsverträgliche Projekte und die konsequente Umsetzung von Licht- und Lärmschutz.



Gertrud Galliker-Tönz, Beromünster

## GLP

### Kulturförderung breiter abstützen

Mit der Änderung des Kulturfördergesetzes wird verankert, dass der Kanton und die Gemeinden je einen Franken pro Einwohnerin an die regionale Projektförderung bezahlen. Aus Sicht der Grünliberalen ist das eine gute Lösung, sie ist erprobt und breit akzeptiert.

So weit so gut. In der Botschaft geht es aber auch um die regionale Kulturförderung, also die finanzielle Sicherung der kleinen und mittleren Kulturinstitutionen. Aktuell werden diese von den Gemeinden unterstützt, am meisten von den Trägergemeinden. Die solidarische Unterstützung der umliegenden Gemeinden

nimmt aber ab und es besteht Gefahr, dass Kultureinrichtungen wie das Kleintheater Luzern, das Stadttheater Sursee, das Jazzfestival Willisau oder das Kulturzentrum Braui in Hochdorf sich nicht mehr finanzieren können und über kurz oder lang verschwinden.

Für die Grünliberale Fraktion ist klar, wenn wir auch in Zukunft im ganzen Kanton grossartige Kulturangebote geniessen wollen, braucht es auch eine finanzielle Unterstützung vom Kanton. Lösungen wurden bereits in Fachgruppen erarbeitet und liegen

Darum werden wir die Botschaft zurückweisen und fordern die Regierung auf, die vorhandenen Lösungen aus der Schublade zu nehmen und die Botschaft inklusive regionaler Kulturförderung möglichst bald unserem Rat wieder vorzulegen.



Angelina Spörri, Eschenbach